

## Frühinterview

27.06.2023, 06:50 Uhr

### CDU-Brandmauer“ gegen AfD? – Interview Mario Czaja, CDU-Generalsekretär

**Schulz:** Deutschlandfunk, Interview mit Generalsekretär der CDU, Mario Czaja, schönen guten Morgen.

**Czaja:** Guten Morgen, Frau Schulz, grüße Sie.

**Schulz:** Was ist jetzt mit der Brandmauer? Robert Sesselmann hat ja schon gesagt, dass der hauptamtliche und auch die ehrenamtliche Beigeordnete, das sind beides CDU-Leute, dass die mit ihm zusammenarbeiten müssen, weil sonst arbeitnehmerrechtliche Konsequenzen drohen. Steht die Brandmauer noch?

**Czaja:** Ja, natürlich steht die Brandmauer. Und die Mehrheitsverhältnisse im Kreistag haben sich ja auch nicht verändert. Es gilt weiterhin: Es gibt keine politische Zusammenarbeit unsererseits mit der AfD. Alle Parteien im dortigen Kreistag stehen jetzt vor der Herausforderung, mit diesem gewählten Landrat in irgendeiner Art und Weise auf der kommunalen Ebene im Gespräch sein zu müssen, aber das bedeutet keine politische Zusammenarbeit. Und diese Aussage bleibt für uns bestehen. Sie ist Grundlage unserer politischen Arbeit. Mit einer Partei, die Reichsbürger und Menschen, die den Holocaust leugnen, in ihren eigenen Reihen dulden, gibt es für uns keine politische Zusammenarbeit.

**Schulz:** Ich würde gerne noch mal daran erinnern, wie Friedrich Merz das genau formuliert hat. Er hat gesagt, die Landesverbände, vor allem im Osten, die bekämen eine glasklare Ansage. Wenn irgendjemand von uns die Hand hebt – das sind die Worte von Friedrich Merz – um mit der AfD zusammenzuarbeiten, dann steht am nächsten Tag das Parteiausschlussverfahren an. Dazu würde ich Ihnen jetzt gerne mal vorspielen und mit Ihnen zusammen hören, was der CDU-Landrat Werner Henning aus Südthüringen auch hier gestern bei uns im Deutschlandfunk gesagt hat.

„Ich kenne ihn nicht, und wenn ich ihn erlebe im Landkreistag, das ist die Ebene, wo wir zusammen sein werden, bin ich erst einmal sehr gespannt, wer Robert Sesselmann überhaupt ist. Und wenn er klug und anspruchsvoll ist, werde ich ihm mit Sicherheit, seinem Inhalt, mein Ohr schenken.“

Also, das ist die Ansage. „Ohr schenken“, okay, aber gemeinsame Beschlüsse fassen, das geht nicht?

**Czaja:** Nein. Und das haben wir auch deutlich zum Ausdruck gebracht. Da, wo grundlegende politische Entscheidungen zu treffen sind, darf man die nie in der Abhängigkeit mit der AfD treffen. Es ist natürlich so, wenn auf der kommunalen Ebene über einen Fußgängerüberweg oder eine Kita abgestimmt wird, dass es dann so ist, dass man sicherlich nicht dagegen stimmt, nur, weil die AfD in der Situation dafür gestimmt hat. Aber das betrifft alle Parteien. Und, wie gesagt, die

Mehrheitsverhältnisse haben sich da nicht verändert, sondern es ist jetzt ein Landrat der AfD im kleinsten Landrat in Deutschland gewählt worden. Wir konnten ungefähr 5.000 Stimmen hinzugewinnen und haben das beste Absolut-Stimmenergebnis erreicht, was wir in diesem Landkreis seit langem hatten, ein großes Vertrauen gewonnen. Aber es hat am Ende nicht gereicht. Das ist ein bitteres Ergebnis für die politische Mitte, aber am Ende waren es eben auch deutlich bundespolitische Themen, die diesen Wahlkampf gekennzeichnet haben.

**Schulz:** Ja, wobei, also, die Analyse ist natürlich wichtig. Gucken wir auch gleich noch mal genauer drauf. Aber ich verstehe Sie jetzt so: Gemeinsame Beschlüsse über Fußgängerüberwege, die sind dann schon okay?

**Czaja:** Nein, das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt, es gibt auf der kommunalen Ebene immer Situationen, wo auch die AfD mit einem Antrag von anderen Parteien mitstimmt und man wird dann nicht sein Wahlverhalten an dieser Partei ausrichten, sondern es geht darum, keine politische Zusammenarbeit mit irgendeiner Partei zu haben, sich nicht in politische Abhängigkeiten von dieser Partei zu begeben und da ist die Brandmauer sehr klar und deutlich. Und die gilt für alle Parteien, auch für die CDU.

**Schulz:** Aber wenn man mit der AfD gemeinsam beschließt, so, wie Sie es jetzt ja skizzieren und wie auch schon im Thüringer Landtag ja passiert, das ist doch dann eine Zusammenarbeit.

**Czaja:** Nein, ist es nicht.

**Schulz:** Und woran merkt man das? Man stimmt für das gleiche Projekt. Warum ist das keine Zusammenarbeit?

**Czaja:** Die anderen Parteien sollten sich nicht nach dem Wahlverhalten oder Abstimmverhalten der AfD richten, sondern sie sollten sich nicht in politische Kooperation begeben bei den Parteien der Mitte. Das gilt für die SPD genauso wie für die CDU. Aber die SPD hat ihre eigenen Beschlüsse gefasst. Wir haben das auch gemacht und für uns bedeutet das keine politische Zusammenarbeit mit der AfD.

**Schulz:** Okay, aber diese Ansage, dass gemeinsame Beschlüsse das sofortige Parteiausschlussverfahren nach sich ziehen, die ist damit dann passé?

**Czaja:** Nein, es ist damit nicht passé. Ich verstehe, Frau Schulz, dass Sie versuchen wollen, mir das Wort im Mund herumzudrehen, aber das ist nicht der Fall. Wir arbeiten nicht mit der AfD zusammen und ich habe Ihnen auf der kommunalen Ebene ein paar Beispiele genannt, die für alle Parteien gelten, dass es Situationen gibt, wo SPD und CDU gemeinsam für einen Schulneubau stimmen, wenn dann die AfD an der Stelle auch dafür stimmt, dann werden SPD und CDU ja nicht anders stimmen, nur, weil die AfD angekündigt hat, diesen Antrag mit zu unterstützen.

**Schulz:** Okay, ich glaube, den Punkt verlassen wir jetzt. Können sich sicherlich unsere Hörerinnen und Hörer selbst auch ein Bild zu machen. Sie haben es gerade

schon angesprochen, die Hauptverantwortung für den Wahlsieg von Robert Sesselmann, die sehen Sie bei der Ampel. Auch darin, dass viele Menschen einfach massiv unzufrieden sind mit der Regierungsarbeit. Warum sammeln Sie, warum sammelt die CDU, warum sammelt die größte Oppositionspartei diese Unzufriedenen nicht ein?

**Czaja:** Ja, zunächst muss man sagen, in diesem Landkreis hat ja in der Vergangenheit ein Landrat Verantwortung gehabt, der von den Linken und der SPD unterstützt war. Diese beiden Parteien hatten zusammen gut 8.000 Stimmen bei der letzten Wahl und haben jetzt noch 4.000 Stimmen zusammen bekommen. Also, der klare Verlierer in diesem Landkreis sind SPD und Linke da gewesen, damit auch ein klares Zeichen.

**Schulz:** Ja.

**Czaja:** Lassen Sie mich kurz diesen Satz noch sagen, Frau Schulz. Wir haben deutlich hinzugewonnen. Aber es ist so, dass es großen Unmut über die Politik der Bundesregierung gibt im Land und noch nicht alle schenken uns ausreichend Vertrauen, die bessere Alternative für Deutschland zu sein. Und deswegen gehen einige auch mit Protest zu anderen Parteien bzw. insbesondere zur AfD. Und es gelingt uns noch nicht, diese Menschen alle bei uns zu erreichen. Nichtsdestotrotz, das Ergebnis dieser Wahl – und das gehört ja zu einer ehrlichen Analyse dazu – bedeutet, dass es vor allem an bundespolitischen Themen lag. Jeder, der vor Ort war, hat das an den Plakaten, bei den Reden gemerkt. Und die CDU hat vor Ort deutlich hinzugewonnen. SPD und Linke haben mehr als deutlich verloren. Ich glaube, die Zahlen sprechen für sich.

**Schulz:** Das ist doch aber die interessante Frage, auf die ich jetzt auch, wenn ich richtig zugehört habe, noch keine Antwort gehört habe. Sie sagen, Sie haben die Leute noch nicht. Meine Frage war ja: Warum nicht? Also, wenn die Ampel schuld ist mit allem, warum überzeugen Sie die Leute denn dann nicht?

**Czaja:** Wir sind in Deutschland stärkste politische Kraft, liegen gut 10 Prozentpunkte vor den Sozialdemokraten, aber der Unmut über diese Regierung schlägt sich nicht nur in wachsender Zustimmung für die CDU nieder, sondern auch in der Zustimmung für die AfD. Das besorgt uns und ist uns Anspruch zugleich, dass wir die Menschen mit unseren politischen Konzepten erreichen. Noch nicht alle haben ausreichend Vertrauen darin, dass wir das Land jetzt besser führen würden. Sie sehen noch nicht, dass wir bei der Wirtschaftspolitik, bei der inneren und äußeren Sicherheit mit den Konzepten, die wir zu Papier gebracht haben, wie wir jetzt das Land nach vorne bringen würden, dass das die bessere Alternative ist. Und deswegen ist es unsere Aufgabe, weiterhin über unsere Konzepte zu sprechen, deutlich zu machen, wie wir die Migrationskrise in unserem Land lösen, deutlich zu machen, wie wir gegen Inflation und Rezession, gegen den wirtschaftlichen Abschwung, den wir im Land erleben ... schauen Sie, wir haben in den 16 Jahren unserer Regierungszeit die längste wirtschaftliche Aufschwungsphase gehabt, die Deutschland erlebt hat. Jetzt befinden wir uns in der Rezession, obwohl das nicht nötig ist.

**Schulz:** Ganz wichtiges Thema, klar. Aber ich würde doch gerne ...

**Czaja:** ..., weil in Italien und Griechenland positive Wirtschaftszahlen da sind. Das zeigt ja, es liegt an der Politik der Bundesregierung.

**Schulz:** Ich würde jetzt doch gerne beim Kurs Ihrer Partei aktuell bleiben. Friedrich Merz hat gestern noch mal gesagt, Hauptgegner bleiben die Grünen. Schlüsseln Sie uns auch das noch mal auf. Warum sind die Grünen der Hauptgegner und nicht eine Partei, die bundesweit als rechtsextremer Verdachtsfall gilt und in Thüringen laut Einschätzung des Landesverfassungsamtes dort als gesichert rechtsextrem? Warum ist das nicht Ihr Hauptgegner?

**Czaja:** Unser politischer Feind sind diejenigen, die die Demokratie bekämpfen wollen. Dazu gehört die AfD. Unser politischer Gegner ist vor allem ...

**Schulz:** Ist aber nicht der Hauptfeind.

**Czaja:** Unsere politischen Gegner sind im Parlament vor allem die Grünen, weil die Grünen eine Wirtschafts-, Energie- und Klimaschutzpolitik betreiben, die das Land nicht mitnimmt, die dazu führt, dass die Wirtschaft schrumpft, dass viele Menschen Sorgen davor haben, ob dieser ökologische Umbau, der erforderlich ist, auf ihn gestemmt werden kann. Sie haben Angst vor einer einseitigen Politik der Bundesregierung und insbesondere von Robert Habeck und dem dortigen Wirtschaftsministerium. Und deswegen ist es auch deutlich, dass wir zum Ausdruck bringen müssen: Wir wollen mit sozialer und ökologischer Marktwirtschaft diesen Umbau schaffen. Wir denken Klima, Energie und Wirtschaft zusammen und bringen diese auch in einen gesellschaftlichen Konsens. Wir brauchen einen Klimakonsens in unserem Land und nicht dieses Gegeneinander, das die derzeitige Bundesregierung, allen vorn und angetrieben durch die Grünen, vollzieht.

**Schulz:** Der CDU-Generalsekretär Mario Czaja heute Morgen hier bei uns im Deutschlandfunk, vielen Dank.

**Czaja:** Ich danke Ihnen, bis bald.